

Wolfgang Däubler

Internet und Arbeitsrecht

Dritte, aktualisierte Auflage

Bund-Verlag

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	25
§ 1 Zur Einführung	37
I. Erste Eindrücke	37
II. Was kann das Internet?	41
1. Der Grundsatz	41
2. Informationen zugänglich machen	41
3. Neue Formen der Kommunikation ermöglichen	44
4. Information und Kommunikation ohne Staatsgrenzen werden selbstverständlich	46
a) Die positive Seite	46
b) Die Ohnmacht von Staat und Recht	47
5. Das Internet schafft Kontrollpotenzial	51
a) Beispiel www.	51
b) Beispiel E-Mail	52
c) Das Problem der Verschlüsselung	53
III. Auswirkungen auf die Arbeit	54
1. Prinzipielle Entwicklungstrends	54
2. Veränderungen in den bestehenden Betrieben	56
a) Veränderte Arbeitsbedingungen	56
b) Kontrollmöglichkeiten	57
c) Auslagerung von Arbeitsplätzen	57
3. Die Tätigkeit im IT-Sektor	58

4. Einschätzung	60
a) Die schöne Arbeitswelt	60
b) ... kennt Unterschiede in den Lebenschancen.	60
c) ... und hat sehr wenig mit Demokratie zu tun.	61
d) Trotz allem gibt es Spielräume.	62
5. Probleme für das Arbeitsrecht	63
 § 2 Die Einführung von Internetanschlüssen	66
 I. Erscheinungsformen.	66
 II. Die arbeitsvertragsrechtliche Zulässigkeit.	67
1. Das Direktionsrecht als Grundlage.	67
2. Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes.	70
 III. Das Problem der Weiterqualifizierung	70
1. Anspruch des Arbeitnehmers auf Weiterbildung?	71
a) § 81 BetrVG.	71
b) Nebenpflicht des Arbeitgebers zur Schaffung der Voraussetzungen für die Arbeit	71
c) Tragweite der Arbeitgeberpflicht.	73
d) Einbeziehung der Arbeitszeit.	73
2. Pflicht des Arbeitnehmers zur Weiterqualifizierung.	74
 IV. Beteiligungsrechte des Betriebsrats.	75
1. Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte.	75
2. Beratungsrechte.	76
3. Mitbestimmungsrechte.	77
a) Mitbestimmung des Betriebsrats bei Versetzungen nach § 99 i. V. m. § 95 Abs. 3 BetrVG.	78
aa) Vorliegen einer Versetzung	78
bb) Übergehung des Betriebsrats.	80
cc) Zustimmungsverweigerung.	80
b) Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen	81
c) Anschluss ans Intranet und ans Internet als Betriebsänderung?	83
aa) Grundlegende Änderung der Betriebsorganisation	83
bb) Grundlegende Änderung der Betriebsanlagen	84

cc)	Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden . . .	85
dd)	Etappenweise Einführung	86
ee)	Interessenausgleich und Sozialplan	86
ff)	Anspruch auf einen Berater.	87
d)	Weitere Mitbestimmungsrechte.	88
V.	Beteiligungsrechte des Personalrats.	88
1.	Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte des Personalrats.	89
2.	Anhörungs- und Mitwirkungsrechte.	90
3.	Mitbestimmungsrechte.	91
4.	Konkurrenzprobleme.	92
VI.	Arbeitsschutzrecht	92
1.	BildschirmarbeitsVO.	93
2.	Mitbestimmung des Betriebsrats.	95
VII.	Verlängerung der Arbeitszeit	96
1.	Einige Fakten.	96
2.	Vertrauensarbeitszeit und Zielvereinbarung.	97
3.	Mitbestimmung des Betriebsrats.	98
§ 3	Unerlaubte private Nutzung des Internetanschlusses und andere Pflichtverstöße des Arbeitnehmers.	99
I.	Einleitung	99
1.	Denkbare Fälle.	99
2.	Der Diskussionsstand.	100
3.	Rechtsprobleme.	100
II.	Private oder dienstliche Nutzung?	101
1.	Was ist dienstliche Nutzung?	101
2.	Privatnutzung aus dienstlichem Anlass.	102
3.	Privatnutzung.	102

III. Erlaubte Internetnutzung zu privaten Zwecken	103
1. Das Grundprinzip: Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers	103
2. Ausdrückliche oder konkludente Erlaubnis	104
3. Rücknahme der Erlaubnis?	107
4. Missbrauchsfälle	108
IV. Beschränkung der Internetnutzung auf dienstliche Zwecke - Sanktionen bei Verstößen	110
V. Sonstige Pflichtverstöße	112
1. Nichtbenutzung der neuen Technik	113
2. Unsachgemäßer Umgang mit der Technik und Computersabotage	114
3. Bruch der Vertraulichkeit	116
4. Beleidigende Äußerungen und andere strafbare Handlungen	117
5. Sexprobleme und gewaltverherrlichende Darstellungen	118
 § 4 Das Kontrollpotenzial des Arbeitgebers und seine Begrenzung durch den Arbeitnehmerdatenschutz	120
I. Die Problematik	120
1. Spuren im Netz	120
2. Gezielte Überwachung	121
3. Nutzen und Nachteil technisierter Kontrolle	122
4. Der rechtliche Rahmen	123
II. Anwendung des Telekommunikationsrechts im Arbeitsverhältnis?	124
1. Zur Einführung	124
a) TKG, TDG, MDStV, BGB	124
b) Vorschriften zum Datenschutz	126
2. Anwendung der §§ 85 ff. TKG im Arbeitsverhältnis?	127
3. Anwendbarkeit des TDDSG im Arbeitsverhältnis?	129
4. Allgemeiner Arbeitnehmerdatenschutz	129

III. Kontrolle der dienstlichen Nutzung von Einrichtungen der Telekommunikation	.130
1. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	.130
2. Übertragung auf die aktuelle Situation	.132
3. Konkrete Konsequenzen	.133
a) Behandlung von E-Mail	.133
b) Kommunikation im Intranet	.135
c) Nutzung des Internet	.136
4. Arbeitnehmer mit Sonderstatus	.138
a) Träger von Berufsgeheimnissen	.138
b) Beschäftigte mit fachlicher Unabhängigkeit	.140
b) Wissenschaftler	.140
5. Verwertungsverbot	.141
IV. Kontrolle der privaten Nutzung von Einrichtungen der Telekommunikation	.142
1. Anforderungen des TKG	.142
a) Wahrung des Fernmeldegeheimnisses nach § 85 TKG	.142
b) Technische Schutzmaßnahmen nach § 87 TKG	.143
2. Anforderungen des TDDSG und des MDStV	.144
V. Mitbestimmung des Betriebsrats	.146
1. Der Tatbestand des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	.146
2. Anwendung auf E-Mail, Intranet und Internet	.148
3. Ausübung des Mitbestimmungsrechts	.149
4. Gestaltungsspielraum	.150
5. Einzel- oder Gesamtbetriebsrat?	.151
6. Rahmenbetriebsvereinbarungen	.151
VI. Mitbestimmung des Personalrats	.152
1. Der Grundsatz	.152
2. Konkretisierung durch die Rechtsprechung	.152
3. Konsequenzen	.154

§ 5	Arbeitnehmerdaten im Netz	.155
I.	Sachverhalte	.155
II.	Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ein anderes Konzernunternehmen im Inland	.156
1.	Anwendung des TKG und des TDDSG	.156
2.	Zulässigkeit nach BDSG.	.158
a)	Einwilligung	.158
b)	Rechtfertigung nach § 28 BDSG.	.162
c)	Zulassung durch Konzernbetriebsvereinbarung.	.164
d)	Auftragsdatenverarbeitung?	.165
e)	Sensible Daten.	.165
III.	Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ausländische Niederlassungen des Konzerns.	.165
1.	Anwendbarkeit des BDSG.	.166
2.	Inhaltliche Regelungen zur Datenübermittlung über die Grenze.	.167
IV.	Arbeitnehmerdaten im Internet	.168
1.	Die bewusste Verwendung im Internet	.168
2.	Sonstige Arbeitnehmerdaten im Internet	.171
§ 6	Das Internet-ArbeitsVerhältnis	.173
I.	Ein neues Phänomen?	.173
II.	Abschluss, Veränderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses per Internet.	.175
1.	Der Grundsatz	.175
a)	Formfreiheit	.175
b)	Anforderungen des Nachweisgesetzes.	.176
2.	Die Schriftform nach § 623 BGB.	.177
3.	Tarifliche Schriftform.	.177

III. Die arbeitsrechtliche Behandlung ausgelagerter Arbeitsplätze	.178
1. Ansätze in der Gegenwart	.178
2. Arbeitnehmer oder Selbstständiger?	.181
3. Betriebszugehörigkeit	.183
4. Arbeitsschutz	.184
5. Praktische Probleme der Kommunikation mit den Arbeitskollegen	.185
a) Betriebsverfassung	.186
b) Kommunikation mit den Arbeitskollegen	.187
6. Zurückgebliebenes Arbeitsrecht?	.188
IV. Das grenzüberschreitende Internet-ArbeitsVerhältnis	.188
1. Begriff und potenzielle praktische Bedeutung	.188
2. Anwendbares Arbeitsrecht	.189
a) Klage des im Ausland tätigen Arbeitnehmers	.190
b) Klage eines in Deutschland tätigen Arbeitnehmers gegen seinen ausländischen Arbeitgeber	.192
V. Arbeitsrecht im virtuellen Unternehmen	.194
1. Annäherungen an einen Begriff	.194
2. Arbeitsrechtliche Konsequenzen	.195
a) Normen passen nicht mehr	.195
b) ... doch Abhilfe ist möglich	.196
§ 7 Informationstechnik für Betriebsrat und Personalrat	.198
I. Die Problematik	.198
II. Der Anspruch des Betriebsrats auf einen PC	.199
1. Die Grundsatzfrage	.199
a) Die bisherige BAG-Rechtsprechung	.199
b) Kritik und gesetzliche Neuregelung	.202
c) Argumentationsmöglichkeiten des Betriebsrats auf der Grundlage der BAG-Rechtsprechung	.203
2. Ausstattung im Einzelnen	.204
3. Regelungsabrede	.207

III.	Einschaltung des Betriebsrats ins Intranet.	207
1.	Der Zugang als solcher.	207
a)	Die Rechtsprechung des BAG.	207
b)	Bezug zu den Aufgaben des Betriebsrats.	208
c)	Wer entscheidet über das Medium der Kommunikation?.	209
d)	Gegeninteressen des Arbeitgebers?.	211
e)	Umfang der Nutzung.	211
f)	Benachteiligungsverbot.	212
g)	Geräte für Arbeitnehmer ohne Netzanschluss.	213
2.	Informationsangebot des Betriebsrats:	
	Die Homepage im Intranet.	213
a)	Die Grundsatzfrage.	213
b)	Ausgestaltung im Einzelnen.	214
c)	Das Informationsangebot.	215
4.	Kontrolle durch den Arbeitgeber?.	218
5.	Vereinbarungen.	219
IV.	Anspruch auf einen Internetanschluss.	219
1.	Diskussionsstand.	219
2.	Aufgabenbezug.	221
3.	Entscheidungsrecht des Betriebsrats.	222
4.	Kosten.	222
5.	E-Mail-Anschluss.	223
V.	Homepage im Internet?.	224
1.	Anspruch?.	224
2.	Gestattung durch den Arbeitgeber und Ausgestaltung der Homepage.	224
VI.	Besonderheiten beim Personalrat?.	225
§ 8	Gewerkschaftliche Werbung und Information im Netz	226
I.	Die Problematik.	226

II.	Gewerkschaftliche Information und Werbung per E-Mail?	227
1.	Der Ausgangspunkt: Der Schutzbereich des Grundrechts der Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG	227
a)	Die bisherige Entwicklung der Rechtsprechung	228
b)	Die Entscheidung des BVerfG vom 14.11.1995	229
2.	Anwendung auf den Fall der Information und Werbung durch E-Mail	231
a)	Private E-Mail-Nutzung erlaubt	231
b)	Nur dienstliche E-Mail-Nutzung erlaubt	231
3.	Verhalten einzelner Arbeitnehmer	233
a)	Handeln als Gewerkschaftsmitglied	233
b)	Reaktion als Angesprochener	233
c)	Eigene Initiativen des Arbeitnehmers	234
4.	Sonderregeln für den Betriebsrat?	234
III.	Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet	235
1.	Zugang der Gewerkschaft als Organisation zum Intranet?	235
2.	Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet durch Arbeitnehmer des Betriebs?	235
3.	Sonderregeln für den Betriebsrat?	237
IV.	Gewerkschaftliche Homepage im Intranet?	237
1.	Die Grundsatzfrage	237
2.	Einzelfragen	238
V.	Vereinbarungen	239
§ 9	Ein Problem für Informatiker: Schutzrechte an Ideen	241
I.	Einführung	241
1.	Zur Notwendigkeit, das geistige Eigentum zu schützen	241
a)	Der Ausgangspunkt: Die Bedeutung neuer Konzepte	241
b)	Argumente gegen einen Schutz	242
c)	Argumente dafür	243
d)	Besonderheiten im Internet-Zeitalter	244

2.	Die verschiedenen Arten von »geistigem Eigentum«	244
a)	Patente und Gebrauchsmuster.	244
aa)	Voraussetzungen der Patentfähigkeit	244
bb)	Rechte des Erfinders.	245
cc)	Ausnahmen.	246
dd)	Inhalt des Schutzrechts.	246
b)	Urheberrechte.	247
aa)	Was ist urheberrechtsfähig?	247
bb)	Entstehung.	247
cc)	Schutzinhalt.	247
dd)	Dauer.	248
c)	Geschmacksmuster.	248
d)	Sonstige Schutzrechte.	249
3.	Die Einordnung von Computersoftware.	250
4.	Schöpferische Leistungen im Arbeitsverhältnis.	252
II.	Arbeitnehmer-Erfinderrecht	253
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen.	253
2.	Die Behandlung von Dienstserfindungen.	254
3.	Freie Erfindungen.	257
4.	Technische Verbesserungsvorschläge.	257
5.	Streitigkeiten.	258
III.	Arbeitnehmer-Urheberrecht	259
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Person.	259
2.	Der Arbeitnehmer-Urheber im Allgemeinen.	260
a)	Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des Arbeitsvertrags?	260
b)	Übertragung der Verwertungsrechte.	261
c)	Die Frage der Vergütung.	262
d)	Anbietungspflicht bei außerdienstlichen Werken?	262
e)	Einschränkungen des Urheberpersönlichkeitsrechts?	263
3.	Urheberrechte an Computersoftware.	263
4.	Rechtsweg.	265
IV.	Geschmacksmuster.	265
V.	Sonstige Schutzrechte.	267

§ 10 Mögliche Inhalte von Betriebsvereinbarungen	268
I. Einführung	268
II. Der formale Rahmen	270
1. Zuständige Interessenvertretung	270
2. Geltungsbereich	270
3. Zielsetzung und Präambel	271
4. Geltungsdauer und Nachwirkung	272
5. Text und Anhang	273
III. Probleme der Einführung	274
1. Erhaltung der Arbeitsbedingungen	274
2. Qualifizierung	276
3. Gleichbehandlungsgrundsatz	277
IV. Die Behandlung von E-Mail	277
1. Dienstliche und private Zwecke	277
2. Vertraulichkeit von E-Mails	279
3. Protokoll- und Verbindungsdaten	281
4. Abwesenheit des Anschlussinhabers	282
5. Postmaster	283
6. Benutzung von E-Mail zur innerbetrieblichen Meinungsbildung	283
V. Die Regelung des Zugangs zum Internet	284
VI. Verwertungsverbote	285